



Nr. 32

2. Oktober 2026

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570
Telefax +49 (30) 4081-5599
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Debatte zur Rentenreform

[Geyer: „Unsinn wird durch ständige Wiederholung nicht zu sinnvoller Politik“](#)

Seniorenpolitische Fachtagung

[Geyer: „Wir brauchen Lösungen statt populistischer Phrasen!“](#)

Neuer Gesetzentwurf

[Wichtiger Schritt gegen Gewalt an Beschäftigten](#)

Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG)

[Geyer: „Gute Pflege gibt es nur mit Nachhaltigkeit und Vernunft“](#)

eGovernment Monitor 2026

[Trendwende bleibt aus: Vertrauensverlust in den Staat setzt sich fort](#)

Autobahn GmbH

[Hemsing: „Die Finanzierung muss zu 100 Prozent zuverlässig sein!“](#)

Aktionsplan gegen Leistungsmissbrauch

[Der Rechtsstaat muss dem Betrug immer einen Schritt voraus sein](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

[Koalitionsverhandlungen: Knecht hat klare Erwartungen](#)

Thüringen

[Petition „Bearbeitung von Beihilfeanträgen Thüringer Beamter, Pensionären und Leistungsempfängern“ - Mitzeichnung jetzt!](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2026“ erschienen](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb



Debatte zur Rentenreform

Geyer: „Unsinn wird durch ständige Wiederholung nicht zu sinnvoller Politik“

Der dbb-Chef weist den Klingbeil-Vorstoß zur Rente zurück. Ideologie und Populismus ersetzen keine Sachpolitik.

Gegenüber der Rheinischen Post hat der dbb-Bundesvorsitzende den Vorstoß von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil zur Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung am 29. September erneut entschieden zurückgewiesen. Volker Geyer: „Unsinn wird durch ständige Wiederholungen nicht zu sinnvoller Politik und populistische SPD-Parteideologie nicht zu faktenbasierter Problemlösung. Die Alterssicherungskommission der Bundesregierung selbst hat das widerlegt. Jeder kann es nachlesen: Beamtinnen und Beamte in die Rentenversicherung einzubeziehen, löst deren Probleme nicht, schafft aber viele neue. Sie wäre unfinanzierbar, rechtswidrig und demotivierend für den öffentlichen Dienst.“

Der dbb-Chef appelliert seit Monaten an die Politiker, sich in ihren Reformbemühungen mit der Realität auseinanderzusetzen statt mit populistischen Klischees. Keines der strukturellen Probleme der Rentenversicherung – die demografische Entwicklung, die Finanzierung sozialpolitischer Maßnahmen aus der Rentenkasse oder die Mehrbelastung durch überkomplexe Verwaltungsverfahren – würde durch die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten gelöst. Um diese Probleme sollte sich die Bundesregierung endlich kümmern, statt den eigenen Vorurteilen hinterherzulaufen.

Seniorenpolitische Fachtagung

Geyer: „Wir brauchen Lösungen statt populistischer Phrasen!“

Rente, Krankenversicherung, Pflege: Der dbb-Chef erwartet Reformen, allerdings läuft die politische Debatte oft in die falsche Richtung.

„Die sogenannte Zwei-Klassen-Medizin ist ein gutes Beispiel für eine Behauptung, die spaltet, aber keine Probleme löst“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, am 30. September 2026 in Berlin. „Angeblich würde es in einer vermeintlich solidarischen Bürgerversicherung keine Unterschiede in der Versorgung mehr geben. Aber letztlich ist es doch so: Eine Basisversorgung würde von einer Zwei-Klassen-Medizin zu einer Mehr-Klassen-Medizin führen. Wer es sich leisten kann, wird je nach Kontostand Zusatzversicherungen abschließen und sich somit Zusatzschutz erkaufen.“

Die logische Schlussfolgerung, dass die Versorgungsqualität im Sinne der Bevölkerung nicht vom Geldbeutel abhängen sollte, würden die Befürworter der Bürgerversicherung nicht ziehen, kritisierte der dbb-Chef. „Stattdessen erleben wir immer wieder, dass Neiddebatten gegen das Berufsbeamtentum geschürt und populistische Falschbehauptungen aufgestellt werden, die einem Faktencheck nicht standhalten. Wir brauchen nachhaltige Lösungen statt populistischer Phrasen!“

Der dbb wirbt nicht zuletzt in seiner aktuellen Kampagne „Deutschlands Stärke“ für eine faktenbasierte Debatte. Geyer: „Wir zeigen die Menschen, die dieses Land am Laufen halten. Die Menschen, die für Sicherheit, Bildung, funktionierende Infrastruktur und verlässliche öffentliche Leistungen sorgen“ – diese Botschaft richte sich an alle Generationen; an die Kolleginnen und Kollegen im aktiven Dienst sowie an die Seniorinnen und Senioren. „Sie haben den öffentlichen Dienst über Jahrzehnte mit Erfahrung, Pflichtbewusstsein und großem Einsatz geprägt. Ihr Wissen und ihre Lebensleistung verdienen Anerkennung, und ihre Perspektive muss in den heutigen Debatten gehört werden.“

Unter dem Titel „Bezahlbar und gut versorgt – neue Wege für die Gesundheit im Alter“ diskutierten Mitglieder der dbb bundesseniorenvertretung anlässlich der Seniorenpolitischen Fachtagung am 30. September 2026 in Berlin über notwendige Reformen im Gesundheitswesen.

Es gehe es nicht allein darum, steigende Kosten zu begrenzen, betonte dbb-Senioren-Chef



Horst Günther Klitzing in seiner Eröffnungsrede. Entscheidend sei vielmehr eine Neuausrichtung: „Gesundheit im Alter muss nachhaltig, wirksam und menschenwürdig gestaltet werden.“

Dazu gehören aus Sicht der dbb bundesseniorenvertretung insbesondere mehr Prävention,

eine bedarfsgerechte Medikation und Behandlung älterer Menschen sowie bessere Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Denn Einsamkeit und fehlende soziale Kontakte können sich auch auf die körperliche und psychische Gesundheit auswirken.

Neuer Gesetzentwurf

Wichtiger Schritt gegen Gewalt an Beschäftigten

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgestellt, der Attacken gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst stärker ahnden soll. dbb-Vize Heini Schmitt ordnet ein:

Heini Schmitt, stv. dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik im dbb, begrüßte am 30. September 2026 die Gesetzesinitiative: „Damit unternimmt die Regierung einen wichtigen Schritt im Kampf gegen Gewalt – auch gegen Gewalt an Beschäftigten im öffentlichen Dienst.“ Positiv ist aus Sicht des dbb insbesondere die Erweiterung der Berufsgruppen, bei denen im Fall eines Angriffs eine härtere Strafe aussteht.

Denn: „Übergriffe beschränken sich längst nicht mehr auf Vollstreckungs- und Rettungskräfte. Kein Bereich des öffentlichen Dienstes ist frei von solchen Szenarien“, gab Schmitt zu bedenken. Auch die Anhebung der Mindeststrafen ist für den dbb eine sichtbare Verbesserung.

Aus der Sicht von Schmitt muss aber mehr passieren, um die Gewalt gegen Beschäftigte einzudämmen. „Das Strafmaß ist nur ein Schalthebel von vielen. Wichtig ist auch, dass die Verfahren zeitnah betrieben werden und die bestehenden Strafrahmen auch angewendet werden. Dazu braucht es auch die entsprechende Personalausstattung der Justizbehörden.“ Genauso müsse mehr für die Gewaltprävention und die Versorgung der Betroffenen getan werden. Dem dbb ist die Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ein besonders wichtiges Anliegen.

Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG)

Geyer: „Gute Pflege gibt es nur mit Nachhaltigkeit und Vernunft“

Das Kabinett hat das PNOG beschlossen. Eine ursprüngliche Fassung sah vor, Rentenbeiträge für pflegende Angehörige zu kürzen.

„Ohne pflegende Angehörige wäre die Situation noch untragbarer als sie ohnehin schon ist“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, am 30. September 2026. „Deshalb wäre es ein skandalöses Signal gewesen, wenn das Bundeskabinett die Kürzung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige beschlossen hätte. Dies ist zum Glück vom Tisch und das ist eine gute Nachricht. Gut ist ebenfalls die Tatsache, dass es endlich eine Einigung gibt. Die Menschen wollen wissen, wo es langgeht, und wünschen sich Verlässlichkeit.“

Der dbb begrüßt, dass die Bundesregierung zunächst keinen – vermeintlich – sozialen Ausgleich zwischen PKV und Sozialer Pflegeversicherung (SPV) herbeiführt. Geyer: „Gute Pflege gibt es nur mit Nachhaltigkeit und Vernunft. Es wäre niemanden geholfen, wenn man jetzt im Hauruckverfahren Verfassungsbruch begangen und das Gegenteil beschlossen hätte. Ich gehe davon aus, dass die kurzfristig eingesetzte Kommission nach sorgfältiger Abwägung auch zu diesem Schluss kommen wird.“



Aus gewerkschaftlicher Sicht ist klar, dass sich das Nebeneinander der gesetzlichen und privaten Systeme bewährt hat. „Die Fakten sprechen eine klare Sprache“, unterstrich Geyer.

„Für den dbb wäre mit einem Griff ins Portemonnaie der Privatversicherten eine rote Linie überschritten.“

eGovernment Monitor 2026

Trendwende bleibt aus: Vertrauensverlust in den Staat setzt sich fort

Das Vertrauen der Menschen in den Staat ist laut dem eGovernment Monitor auf einem neuen Tiefstand gesunken. Gleichzeitig steigt die Erwartungshaltung an eine moderne Verwaltung.

Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer erklärte dazu am 29. September 2026: „Die Ergebnisse sind ein Warnsignal und decken sich mit denen aus unserer aktuellen dbb Bürgerbefragung. Eine Trendwende beim Vertrauensverlust in die staatliche Handlungsfähigkeit ist nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil: Das Vertrauen nimmt weiter ab und befindet sich auf einem neuen Tiefstand. Mittlerweile vertrauen nur noch 32 Prozent dem Staat. Wenn die Politik dieses Vertrauen zurückgewinnen will, muss sie die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes stärken und den Beschäftigten die dafür notwendigen Mittel an die Hand geben. Eine moderne und digitale Verwaltung ist dabei kein nice-to-have, sondern eine Grundvoraussetzung.“

Zugleich machen die Ergebnisse deutlich, dass die im Rahmen der Staatsmodernisierung angestoßenen Modernisierungsmaßnahmen noch nicht die erhoffte Wirkung entfaltet haben. Nur 12 Prozent nehmen beispielsweise eine deutliche Verbesserung des digitalen Angebots wahr. „Die Maßnahmen von Bund und Ländern zur Staatsmodernisierung schlagen sich noch nicht in den Ergebnissen nieder. Es gilt jetzt, die angekündigten Verbesserungen konsequent umzusetzen, damit sie bei den Menschen ankommen. Dass nur 15 Prozent angegeben haben, dass ihre Erwartungen an eine moderne, digitale Verwaltung aktuell erfüllt werden, zeigt, dass unverändert dringender Handlungsbedarf besteht“, so der dbb-Bundesvorsitzende.

Die Studie zeigt zudem, dass die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger unverän-

dert hoch ist: 64 Prozent erwarten digitale Verwaltungsleistungen auf dem Niveau privater Anbieter. Zwei Drittel finden, dass der Staat sie besser über seine digitalen Angebote informieren muss. 62 Prozent fordern einen stärkeren Einsatz von KI. Geyer: „Die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger ist eindeutig und verständlich: Sie wollen einen Staat, der KI nutzt, Verfahren vereinfacht und seine Leistungen digital sowie nutzerfreundlich anbietet. Digitale Angebote allein reichen aber nicht. Sie müssen auch offensiv beworben werden, sonst nutzt sie am Ende keiner.“

Zudem müssen vor dem flächendeckenden Einsatz von KI robuste Sicherheitsstandards für die Sammlung und Nutzung sensibler Bürgerdaten durchgesetzt werden. Geyer: „Die Vielzahl der Warnungen von KI-Anbietern selbst vor Datenmissbrauch durch KI in der letzten Zeit muss für den öffentlichen Dienst bedeuten, dass KI nur eingesetzt werden kann, um Verfahren zu vereinfachen und nutzerfreundlicher zu machen. Die qualitative Güterabwägung und Letztentscheidung in wichtigen Fragen müssen beim Menschen verbleiben.“

Hintergrund: Der eGovernment MONITOR erscheint jährlich seit 2010 und beleuchtet, ob und inwieweit die digitale Transformation bei den Menschen in Deutschland, Österreich und der Schweiz ankommt. Es handelt sich hierbei um eine repräsentative Studie der Initiative D21 e. V. und der Technischen Universität München, durchgeführt von Kantar. Der dbb ist Studienpartner vom eGovernment Monitor.



Autobahn GmbH

Hemsing: „Die Finanzierung muss zu 100 Prozent zuverlässig sein!“

Der dbb-Vize sieht die Finanzierung der Autobahn GmbH in Gefahr. Grund ist ein Referentenentwurf des Bundes.

„Hier soll ein Weg beschritten werden, den wir als dbb nicht mitgehen werden“, sagte Andreas Hemsing, Zweiter Bundesvorsitzender des dbb, am 29. September 2026 in Berlin. „Ohne solide Finanzierung gibt es keine solide Infrastruktur, die im Interesse unserer Mitglieder, der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft liegt. Es muss klar sein, dass der Bund etwaige Verbindlichkeiten der Autobahn GmbH verlässlich und vollumfänglich übernimmt, sofern die nach dem Referentenentwurf vorgesehene Finanzierung nicht mehr ausreicht. Ansonsten besteht die Gefahr einer Insolvenz.“

Mit der geplanten Gesetzesänderung soll die Autobahn GmbH Kreditfähigkeit erlangen. „Dagegen ist aus unserer Sicht zunächst einmal nichts einzuwenden“, erklärte Hemsing. „Auch

nicht dagegen, dass der Bund Einnahmen aus der Maut nunmehr zweckgebunden nutzen möchte.“ Allerdings, so die Position des dbb, müsste in einem weiteren Schritt sichergestellt werden, dass der Bund finanziell jederzeit hinter seiner Autobahn GmbH steht.

„Dieser Schritt ist unverzichtbar, auch um zu verhindern, dass Bauprojekte ins Stocken geraten“, resümierte Hemsing. „Wir erwarten, dass die Politik hierzu mit uns in einen entsprechenden Dialog eintritt. Eine langwierige Diskussion, die erkennen ließe, dass der Bund sich aus der Verantwortung stehlen will, würde viel Vertrauen bei den Beschäftigten kosten. Die jedoch sind das wichtigste Kapital einer erfolgreichen Autobahn GmbH.“

Aktionsplan gegen Leistungsmissbrauch

Der Rechtsstaat muss dem Betrug immer einen Schritt voraus sein

Das Bundeskabinett hat einen 10-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch und Ausbeutung beschlossen. Der dbb begrüßt das Vorgehen.

„Die Bundesregierung zeigt, dass sie bei dem Thema endlich anpacken will. Der organisierte Missbrauch von EU-Zuwanderung für Schwarzarbeit ist ein großes Problem, das den Staat jedes Jahr Unsummen kostet. Außerdem untergräbt es das Vertrauen in unser Sozialsystem und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, betonte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer am 28. September 2026.

Zu dem Aktionsplan gehören auch erweiterte Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen gegen sogenannte Schrottimmobilien, die oft zur Ausbeutung von Sozialleistungsbeziehenden genutzt werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bekämpfung von Scheinbeschäftigung und Schwarzarbeit. Damit wird eine jahrelange Forderung des dbb, der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) und der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) erfüllt.

„Der Aktionsplan soll die Möglichkeiten der Kommunen und der Justizbehörden auf das erforderliche Niveau anheben. Dieses Vorhaben muss die Politik jetzt lückenlos umsetzen.

Dazu gehört auch, die entsprechenden Dienststellen technisch und personell auszustatten. Der Rechtsstaat muss dem Betrug immer einen Schritt voraus sein, nicht umgekehrt“, machte Geyer klar.

Unter anderem sehen die Maßnahmen einen verbesserten Datenaustausch zwischen den Behörden sowie den Einsatz von KI-Systemen zur Betrugserkennung vor. Dadurch können etwa auch per Haftbefehl gesuchte Personen vom Bezug von Grundsicherungsleistungen ausgeschlossen werden.

„Es geht darum, dass der Staat seine Einnahmen genauso konsequent schützt wie seine Ausgaben“, betonte Florian Köbler, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Vorsitzender der DSTG. „Wer den Sozialstaat schützen will, muss organisierten Leistungsmissbrauch konsequent bekämpfen. Deshalb ist es richtig, gegen kriminelle Strukturen und ihre Hintermänner vorzugehen.“



Nach DSTG-Schätzung verliert Deutschland durch Steuerbetrug jährlich rund 100 Mrd. Euro. 2023 betrug allein die Umsatzsteuerlücke rund 31,3 Mrd. Euro.

Köbler weiter: „Wer ehrlich Steuern zahlt, muss darauf vertrauen können, dass auch organisierte Steuerbetrüger konsequent verfolgt werden. Gegen organisierte Umsatzsteuerkarusselle brauchen wir gemeinsame Ermittlungen, einen rechtssicheren Datenaustausch und genügend qualifiziertes Personal.“

Darüber hinaus hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums zur Weiterentwicklung von Kassenaufzeichnungen, zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und zur weiteren Digitalisierung handels-

und steuerrechtlicher Aufzeichnungen beschlossen. Vorgesehen ist darin die elektronische Bereitstellung von Belegen; Papierquittungen sollen auf Wunsch weiterhin erhältlich sein.

„Wer seine Umsätze korrekt versteuert, darf gegenüber Steuerbetrügern nicht im Nachteil sein“, machte der DSTG-Chef klar. Die geplante Kassenpflicht sei deshalb ein wichtiger Schritt. „Weniger Papier ist sinnvoll, entscheidend ist aber, dass Umsätze vollständig erfasst und wirksam kontrolliert werden. Dafür brauchen die Finanzämter die nötige Technik und genügend Personal. Bürokratie abbauen und Steuerehrlichkeit sichern gehören zusammen.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

Koalitionsverhandlungen: Knecht hat klare Erwartungen

Die Stärkung des öffentlichen Dienstes muss eine der zentralen Aufgabe der kommenden Wahlperiode werden, fordert der dbb m-v.

Der dbb mecklenburg-vorpommern hat seine Erwartungen an die anstehenden Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl formuliert. In einem Schreiben an die voraussichtlich künftigen Regierungsparteien macht der dbb m-v deutlich, dass ein handlungsfähiger Staat nur mit einem starken öffentlichen Dienst möglich ist.

Angesichts des Fachkräftemangels, steigender Arbeitsbelastungen und wachsender Herausforderungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge fordert der dbb m-v verbindliche Vereinbarungen im Koalitionsvertrag. Im Mittelpunkt stehen dabei eine verfassungsgemäße und konkurrenzfähige Besoldung, ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum, eine langfristige Personalstrategie sowie moderne und attraktive Arbeitsbedingungen.

Zu den zentralen Forderungen gehören: die Fortsetzung des Besoldungsdialogs, die Herstellung einer verfassungsgemäßen Alimentation, die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung von Tarifabschlüssen auf Beamtinnen und Beamte, eine Anhebung des Verbeamtungs-

höchstalters zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes, die Erarbeitung eines ressortübergreifenden Personalentwicklungskonzepts bis 2035, eine verlässliche Finanzierung von Kommunen und öffentlicher Verwaltung, wirksamer Schutz der Beschäftigten vor Gewalt, Bedrohungen und Hass sowie eine Digitalisierung, die Beschäftigte entlastet und die öffentliche Leistungserbringung verbessert.

Dabei spricht sich der dbb m-v ausdrücklich für einen verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung aus. KI könne Verwaltungsverfahren beschleunigen, Bürgerinnen und Bürgern bessere Dienstleistungen bieten und Beschäftigte von Routinetätigkeiten entlasten. Gleichzeitig müsse ihr Einsatz transparent, rechtssicher und unter Beteiligung der Beschäftigten erfolgen. Der dbb m-v und seine Fachgewerkschaften sind bereit, den Einführungsprozess aktiv zu begleiten und bestehende Vorbehalte gegenüber neuen Technologien durch Information, Qualifizierung und Dialog abzubauen.



Der dbb m-v fordert darüber hinaus eine umfassende Beteiligung der Gewerkschaften und Personalvertretungen an allen wesentlichen dienst-, besoldungs-, versorgungs- und tarifpolitischen Vorhaben. Beteiligung müsse frühzeitig erfolgen und dürfe nicht erst beginnen, wenn politische Entscheidungen bereits getroffen seien.

„Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates hängt wesentlich von einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst ab. Dafür braucht Mecklenburg-Vorpommern ausreichend Personal, attraktive

Beschäftigungsbedingungen und eine moderne Verwaltung“, erklärte der Vorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, am 25. September 2026.

Der dbb m-v bietet allen künftigen Koalitionspartnern an, die Erfahrungen und die Fachkompetenz seiner Mitgliedsgewerkschaften konstruktiv in die Koalitionsverhandlungen und die anschließende Umsetzung einzubringen. Ziel sei eine verlässliche Vereinbarung für einen starken Staat und eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge in Mecklenburg-Vorpommern.

Thüringen

Petition „Bearbeitung von Beihilfeanträgen Thüringer Beamter, Pensionären und Leistungsempfängern“ - Mitzeichnung jetzt!

Die Petition „Bearbeitung von Beihilfeanträgen Thüringer Beamter, Pensionären und Leistungsempfängern“ steht ab sofort bis zum 2. November 2026 auf der Petitionsplattform des Thüringer Landtags bereit. Der tbb ruft zur Mitzeichnung auf.

Die Bearbeitungszeiten der Thüringer Beihilfestelle gleichen seit Langem einer Sinuskurve. Auf kurze Phasen der Entlastung folgen erneut erhebliche Verzögerungen. Der tbb unterstützt daher die laufende Petition mit dem Ziel, endlich eine verlässliche und nachhaltige Lösung zu erreichen.

„Bitte unterstützen Sie die Petition und setzen Sie damit ein Zeichen für eine leistungsfähige und verlässliche Beihilfebearbeitung“, heißt es vom tbb zur [Petition](#).

dbb Bildungsgewerkschaften

OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2026“ erschienen

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und der Deutsche Philologenverband (DPfV) ordnen die Ergebnisse ein.

„Die OECD-Zahlen bestätigen, was wir seit Jahren erleben: Wir investieren viel, aber nicht gezielt genug dort, wo es für Chancengerechtigkeit entscheidend ist. Jeder siebte junge Erwachsene konnte keinen mittleren Bildungsabschluss erwerben. Das ist ein Alarmsignal für unser Bildungssystem. Die Ergebnisse liefern eine sehr solide Grundlage, um zu sagen: Wir wissen seit Jahren, wo die Probleme liegen. Jetzt braucht es nicht nur neue Programme, sondern vor allem mehr Personal, insbesondere dort, wo der Bedarf am höchsten ist, kleinere Klassen sowie Zeit und Ressourcen für eine gezielte Förderung, damit Herkunft weniger über Bildungschancen entscheidet“, sagt Tomi Neckov, VBE-Bundesvorsitzender.

Der Bericht zeigt: Deutschland gibt im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viel für Bildung aus, bleibt aber bei zentralen Chancengerechtigkeits-Indikatoren hinter vielen Partnerländern zurück. Knapp 14 Prozent der 25- bis 34-Jährigen verfügen über keinen Abschluss der Sekundarstufe II. Im OECD-Durchschnitt ist dieser Anteil in den vergangenen zehn Jahren um fünf Prozentpunkte auf 12 Prozent gesunken, in Deutschland ist er hingegen leicht gestiegen. Auch bei den Übergängen in Ausbildung und Beschäftigung wird die soziale Spaltung sichtbar: 11 Prozent der 18- bis 24-Jährigen waren 2025 weder beschäftigt noch in Bildung oder Ausbildung (NEET-Quote). Dieser Wert liegt zwar unter dem OECD-Durchschnitt von 13 Prozent, ist in

Deutschland seit 2015 aber um zwei Prozentpunkte gestiegen.

„Wer Chancengerechtigkeit will, muss genau diese Gruppen gezielt in den Blick nehmen – mit zusätzlichem Personal, Zeit und spezifischen Unterstützungsangeboten“, fordert Neckov. „Der Staat investiert später hohe Summen in Nachhilfe, Fördermaßnahmen und soziale Folgen. Es ist volkswirtschaftlich wie pädagogisch sinnvoller, früh zu investieren – mit ausreichend Personal und qualitativ hochwertigen Angeboten in Kita und Schule.“

Auch für den DPhV sind die Ergebnisse ein Anlass zur Sorge: 55 Prozent der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler besuchen Schulen, deren Leitung angibt, dass die Abwesenheit von Lehrkräften das Lernen beeinträchtigt. Das ist der zweithöchste Wert im OECD-Raum und mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt von 27 Prozent. Zudem gelten 16,2 Prozent der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen im Sekundarbereich als nicht voll qualifiziert – fast doppelt so viele wie im OECD-Durchschnitt (8,4 Prozent). Eine Entspannung ist nicht in Sicht: Während im OECD-Durchschnitt die Zahl der Kinder zwischen 5 und 14 Jahren bis 2033 voraussichtlich um 9 Prozent sinken wird,

wird sie in Deutschland um 3 Prozent steigen, bei den 10- bis 14-Jährigen sogar um 8 Prozent. Gleichzeitig ist fast jede vierte Lehrkraft im Sekundarbereich 55 Jahre oder älter.

Der DPhV fordert daher eine jetzt spürbare Entlastung der im Dienst stehenden Lehrkräfte, damit sie bis zum regulären Ruhestandsalter durchhalten, er warnt zugleich vor weiteren Kürzungen in der Lehrkräfteausbildung und fordert ein vollwertiges 24-monatiges Referendariat.

Die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing: „Die Zahlen zeigen schwarz auf weiß: Der Lehrkräftemangel ist in Deutschlands Schulen ein dramatisches und alltäglich präsent Problem, und er wird sich nicht von selbst erledigen. Anders als in vielen anderen Vergleichsstaaten wird die Zahl der Kinder im Schulalter bei uns weiter steigen, weshalb die Bildungsministerinnen und -minister alles Erdenkliche dafür tun müssen, die jetzt tätigen Lehrkräfte nachhaltig gesund im Dienst zu halten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die nachfolgende Generation voll ausgebildet wird – und nicht weniger Zeit und folglich weniger Qualität in der Ausbildung erfahren wird.“